

Ursula Dallinger

Die Wiederentdeckung sozialer Regeln – Institutionen bei Durkheim und North

Der Beitrag analysiert Institutionen im Kontext des Problems sozialer Ordnung in modernen Gesellschaften und vergleicht Durkheims und Norths Institutionenkonzepte in Hinblick auf ihre Funktion als soziale Regel. Er erschließt zunächst aus der aktuellen Debatte, dass ‚constraints‘ des individuellen Handelns als nötig betrachtet werden und Institutionen genau diese Funktion haben. Es wird gezeigt, wie Durkheims klassisch soziologischer Ansatz und Norths Institutionenökonomie Institutionen als soziale Regeln definieren und was beiden Autoren gemeinsam ist. Der Beitrag vertritt erstens die These, dass sich North in seinem späten Werk durch Konzepte wie ‚shared mental models‘ und ‚cultural heritage‘ der von Durkheim vertretenen Einbettung formeller ‚Verträge‘ in gemeinsame Werte annähert. Zweitens wird gezeigt, dass der neuere Institutionenbegriff bei North seine Funktion als soziale Regel verliert und zum Instrument der Kognition in komplexen Umwelten wird. Diese kognitive Wende des Institutionenbegriffs wird kritisch beleuchtet und mit dem soziologischen Neo-Institutionalismus verbunden.

1. Das Ausgangsproblem¹

Die Sozialwissenschaften haben *Institutionen* und mit ihnen das ‚Problem sozialer Ordnung‘ wieder entdeckt. Für die Soziologie ist das bemerkenswert. Denn der Institutionenbegriff und eine aus der Kritik an ökonomischen Konzepten entwickelte eigene Lösung für das ‚Problem der Ordnung‘ bzw. der friedlichen Kooperation unter nicht mehr durch Tradition und Gemeinschaft verbundenen Akteuren stehen zwar am Beginn der Soziologie. Bekanntlich ist Durkheim der Urheber dieser basalen Argumente gegen rationale Kooperation durch Verträge unter austauschenden Akteuren und für einen überindividuellen, kulturell verankerten Institutionenbegriff.² Aber in den 60er Jahren wurde im Zuge der Parsonskritik zugleich auch die Durkheim-Parsons-Tradi-

tion der durch gemeinsame Werte garantierten Ordnung weggefegt. Kulturelle Standards wurden handlungstheoretisch in die situative Aushandlung von Bedeutung verlagert (Garfinkel). Gesellschaftstheoretisch galt nun ein Wertekonsens als unrealistisch in modernen Gesellschaften; diese halte vielmehr durch geordnete Formen der Konfliktaustragung zusammen (Dahrendorf). Die später einflussreiche Luhmann'sche Systemtheorie betonte, dass es angesichts der Differenz der je systemspezifischen Codes kein ‚ordnendes Zentrum‘ in modernen Gesellschaften geben könne (Luhmann 1998: 248, 1043). Soziale Ordnung unter Akteuren mit wegen sozio-kultureller Pluralisierung divergenten Zielen oder mit antagonistischen Interessen war für die Soziologie lange Zeit kein Thema.

Mit der Konjunktur des Institutionenbegriffs tauchte jedoch das Problem, um das es bei der Formel der ‚sozialen Ordnung‘ geht, erneut im soziologischen Bewusstsein auf: Die Antwort auf die Frage, wie sich die diversen Ziele und auch antagonistischen Interessen Vieler abstimmen lassen, waren nun wieder soziale Regeln, die Institutionen verkörpern. Alle diversen neo-institutionalistischen Strömungen begreifen Institutionen als Regeln für ökonomische und soziale Austauschbeziehungen, die individuelle Spielräume begrenzen, Unsicherheiten reduzieren, Handeln wechselseitig erwartbar machen und so Kooperation ermöglichen.³ Dies gilt für den Institutionenbegriff der neuen *Institutionenökonomie* und ebenso für den organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus.

Durkheims These von der Unvollständigkeit einer Ordnung, die nur von Interessen getragen ist, bekam eine Parallele im neuen institutionentheoretischen Diskurs. So wie für Durkheim auf Interessen basierende ‚Verträge‘ allein nicht die Erwartungssicherheit schaffen könnten, die stabile Kooperation brauche, so ist auch für die neue Institutionenökonomie der rationale Nutzenmaximierer ein unvollständiges Modell zur Erklärung von sozialer Kooperation und individuellem Handeln. Auch Durkheims These von der notwendigen *Einbettung* von ‚Verträgen‘ in ein gemeinsames, verbindliches Wertesystem findet eine Parallele in aktuellen Ansätzen, die die Einbettung der formellen in informelle Institutionen, die Einbettung von Organisationen in ihre institutionelle Umwelt oder die Einbettung der Wirtschaft in Institutionen diskutieren.

Diese neue Aufmerksamkeit für Institutionen und ihre Funktion, das rationale, nutzenmaximierende Handeln einzuschränken, macht dieser Aufsatz zu seinem Ausgangspunkt. Er vergleicht *Emil Durkheims* und *Douglas C. Norths* Beiträge zur Frage, wie Institutionen Kooperation und soziale Ordnung ermöglichen, und wählt damit bewusst einen Ansatz der soziologischen Klassik und einen ökonomischen. Denn die klassische Soziologie und die neue *Institutionenökonomie* sind im gemeinsamen Verständnis von Institutionen als soziale *Regeln* verbunden (Maurer/Schmid 2002). Während Parallelen zwischen dem organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus und

Durkheims Institutionenbegriff nahe liegen und selbst gesehen werden (Meyer 2005b; Hasse/Krücken 2005), kann man mit der Analyse eines kontrastierenden ökonomischen Ansatzes deutlich machen, wie der *methodologische Individualismus* Argumente für soziale Regeln entwickelt. Der einstige Kontrahent von Durkheim soll also der Bezugspunkt des Vergleichs sein. Diesen Aufsatz interessieren unterschiedliche Erklärungen sozialer Ordnung, die heute unter dem Dach des Institutionenbegriffs auftauchen. Der Bezug zu sozialer Ordnung ist ein weiterer Grund für die Wahl gerade von Norths Institutionenökonomie, die Institutionen u. a. aus der Frage der Handlungs koordinierung und Kooperation entwickelt und damit auf der hier wichtigen Ebene argumentiert.⁴ Ich werde aber Hinweise auf die ‚neo-durkheimsche‘ Strömung einfließen lassen.

Das *neue Interesse an Institutionen* ergibt sich wesentlich aus deren Beitrag zur Lösung von ‚Kooperationsproblemen‘. Das lässt sich anhand neuerer Forschung zur Frage, wie interdependente, antagonistische Akteure dennoch kooperieren können, nachvollziehen. Hier führen Institutionen ‚constraints‘, also Regeln oder Festlegungen, ein. Auch Durkheim und North thematisieren Institutionen im Rahmen des Problems der Kooperation unter Akteuren und folgern aus noch darzustellenden Gründen auf die Notwendigkeit, dass die Vielfalt der Handlungsoptionen durch ‚constraints‘ begrenzt werden müsse. Diese Funktion von Institutionen, die ‚Freiheitsgrade der Akteure einzuschränken‘ (Lange/Schimank 2005), ist der Ausgangspunkt meiner weiteren Überlegungen zu Institutionen bei Durkheim und North. Es wird gefragt: Welchen Charakter haben ‚constraints‘ bei Durkheim und North im Einzelnen? Durch welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten zeichnen sie sich aus? Gibt es Fortschritte in der neueren Theorieentwicklung, ist Norths These der Einbettung von Handeln und von formellen Institutionen in Ideen, ‚mental maps‘ etc. weniger normativ als Durkheims Institutionenbegriff?

Durkheims spezifische Sicht der Ordnungsfunktion von Institutionen ist unter dem Stichwort der ‚Vertragssolidarität‘ bekannt. Dieses Kürzel meint die Kritik an der utilitaristischen Erklärung von ‚Verträgen‘ – aktueller: von Regeln, formellen Institutionen, Organisationen, Recht – aus den Interessen Einzelner und vertritt die notwendige gesellschaftliche Einbettung von Regeln. Auch North ergänzt das Rational-choice-Modell um *Ideologien*, *Ideen*, *‚mental maps‘* oder *‚kulturelles Erbe‘*. Er gibt so ebenfalls den formellen Institutionen eine Einbettung in informelle. Ich prüfe, inwieweit seine Ergänzung Durkheims *Einbettung* von Institutionen in gesellschaftliche Wertvorstellungen ähnelt. Meine erste *Hypothese* lautet, dass Norths Konzept der informellen Institutionen, die formelle unterfütterten, keinen normativen Konsens voraussetzt, so wie Durkheim das tat.

North entwickelt Institutionen aus „Transaktionskosten“, die zum einen wegen kognitiver Beschränkungen und unvollständiger Informationen der

Einzelnen anfallen, zum anderen wegen der Absicherungen gegen die bei rationalen Akteuren wahrscheinliche Vertragsverletzung und Defektionsversuche entstehen. Institutionen reduzierten Kosten in beiden Bereichen, da sie den Optionsraum einschränkten und kooperationserschädigende Verhaltensweisen unterbänden. Meine zweite *Hypothese* ist, dass North Institutionen zunehmend in der kognitiven Funktion der Begrenzung des Wahrnehmungshorizontes und der Orientierung von Handeln betrachtet. Die andere Funktion von Institutionen, durch Verhaltensbindung *Verbindlichkeit* in Austauschbeziehungen zu schaffen und das Risiko opportunistischen Verhaltens einzudämmen, gerät dagegen ins Abseits. North vollzieht somit eine *kognitive Wende* im Institutionenbegriff, die das Problem umgeht, was Verhaltensregeln verbindlich macht.

Ich zeige im Folgenden zuerst, wie Institutionen auf das Problem der Kooperation bezogen werden, dass sie die Rolle haben, das Verhalten anderer festzulegen und Erwartungssicherheit zu bilden (2). Anschließend rekonstruiere ich, wie Durkheim die Unvollständigkeit der ökonomischen Ordnungstheorie begründet, Institutionen als soziale Regeln bestimmt und erläutert seine These der Einbettung formeller Regeln in verbindliche Moral (3). Die gleichen Punkte – Argumente für die Unvollständigkeit der ökonomischen Handlungs- und Ordnungstheorie, Institutionen als soziale Regeln, Ideen als einbettender Kontext formeller Institutionen – analysiere ich dann für Norths Institutionenökonomie (4). Ein vergleichendes Kapitel spitzt Ähnlichkeit und Unterschiede in Hinblick auf die beiden Hypothesen zu (5). Abschließend werden die Ergebnisse in ihrer Bedeutung für neo-institutionalistische Ansätze diskutiert (6).

2. Kooperationsprobleme als Bezugspunkt von Institutionen

Der Stellenwert von Institutionen, Regeln, Gesetzen, also von Festlegungen informeller und formeller Art, wird in der neueren sozialwissenschaftlichen Debatte oft aus Kooperationsproblemen, wie sie das Modell des ‚Gefangenendilemmas‘ oder des ‚Naturzustands‘ zeigen, entwickelt. Beide Modelle skizzieren in konzentrierter Form die Probleme, die sich in einer Situation ergeben, in der Individuen ihre individuellen Präferenzen schrankenlos zu verwirklichen suchen und dabei ihre „natürliche“ Ressourcenausstattung nutzen. Es entstünde – so Hobbes (1651) – der ‚Kampf aller gegen alle‘, denn das Streben nach knappen Gütern erzeuge Konkurrenz und den Versuch, sich die Güter anderer auch gewaltsam anzueignen. Der Stärkere würde gewinnen und eine weder stabile noch erwünschte Verteilungsordnung bilde sich. Konkurrenzkampf und Aufrüstung zum Schutz der eigenen Güter vergeude aber zum einen knappe Ressourcen und bedeute zum anderen ein erbärmli-

ches Leben in ‚force and fraud‘. Nach Hobbes können die Menschen den ‚Naturzustand‘ durch den Abschluss eines Gesellschaftsvertrags beenden. Dabei gäben sie ihre Handlungsrechte an eine übergeordnete Macht, in der Regel den Staat, ab. Dieser Vertrag enthalte Regeln, deren Einhaltung der Staat sichere. M. E. zeigt das Modell des Naturzustands, dass Individuen mit dem Verfolgen individueller Präferenzen und einem darauf gerichteten rationalen Handeln ihre individuelle Wohlfahrt gerade nicht maximieren können. Rationale Nutzenmaximierer stehen sich selbst im Weg; ihre ‚natürliche‘ Ausstattung verhindert soziale Kooperation, obwohl diese doch erstrebenswert, da für alle nützlicher sei (Olson 1968). Erst begrenzende Regeln, Festlegungen und Institutionen oder allgemeiner der Staat würden einen gesellschaftlichen Zustand schaffen, in dem alle ‚abrüsten‘ könnten und ein höheres Nutzenniveau erreichten.

Die gleiche Argumentationsstruktur – eigennutzorientierte Akteure erreichten wegen ihrer Grundausstattung gerade nicht die angestrebte individuelle Wohlfahrt – ergibt sich aus dem *Gefangenendilemma*. Dieses spieltheoretische Modell zeigt die strukturellen Probleme der Kooperation unter interdependenten, aber eigene Präferenzen verfolgenden Akteuren und macht klar, dass Kooperation ohne weiteres unter rationalen Einzelnen kaum zustande kommt, da angesichts des Risikos, dass Partner sich unkooperativ verhalten, die eigene Nicht-Kooperation am rationalsten ist. Kooperation könne alle besser stellen, entwickle sich aber unter rationalen Egoisten kaum zur dominanten Strategie (Esser 2000; Aretz 2005). Erst die Erwartungssicherheit, dass andere auch kooperieren und free riding unterlassen, setze Anreize, selbst zu kooperieren. Sicherheit über alters Optionen zu haben, sei vorteilhaft (Scharpf 2000).

Diese Erwartungssicherheit werde von ‚stabilizing devices‘ (Ullmann-Margalit 1977) geschaffen, d. h. von Mitteln zur Stabilisierung und Festlegung des sonst kontingenten, individuellen Handelns. Erwartungssicherheit könnte ein Akteur im Grunde auch aus dem Interesse des Anderen am fortgesetzten Austausch hochrechnen (Axelrod 1991). Zuverlässiger ist aber die Festlegung von Austauschpartnern, besonders wenn – wie in großen Gruppen – das Handeln der anderen schwer kontrollierbar ist. Die Festlegung auf kooperative Beiträge könne erzielt werden durch die Bindung der Individuen an informelle Normen, Werte und Traditionen oder durch Gesetze und formelle Regeln, kurz durch informelle und formelle Institutionen.

Hobbes Naturzustand und das Gefangenendilemma modellieren beide die Grundstruktur der Beziehungen unter *interdependenten* Akteuren. Von ihnen ausgehend folgern ökonomische Ansätze auf ein *Interesse* Einzelner an Normen, Institutionen und Regeln (Voss 1985; Hechter 1987; Ostrom 1990; Axelrod 1991; Coleman 1991). Institutionen können für sie Probleme interdependenter Akteure lösen, indem sie die ‚*Freiheitsgrade*‘ der Akteure begrenzen

und so Austauschpartnern die nötige Sicherheit geben, um ihrerseits in Kooperation zu investieren (Lange/Schimank 2005; Priddat 2005: 25). Für klassische soziologische Ansätze⁵ hingegen zeigen diese Modelle die Aporien, in die rationale Akteure geraten, und die Grenzen einer utilitaristischen Erklärung von sozialer Kooperation. Aber auch für sie sind Begrenzungen der Akteure zentral. Im Grunde wollen beide Positionen das Kooperations- bzw. Ordnungsproblem durch *Festlegungen* des Verhaltens bewältigen. Diese Constraints werden heute vor allem auch als Institutionen begriffen.⁶

Von der Annahme, dass Festlegungen äußerst bedeutsam für soziale Kooperation und Handeln seien, starten auch Durkheims und Norths Institutionentheorien. Bevor diese im Folgenden genauer behandelt werden, soll ein Blick auf die Definition von Institutionen eine erste Klärung des breiten Begriffs v. a. hinsichtlich einer Abgrenzung zu Organisation bringen. Für North umfassen Institutionen formelle Gebilde wie Gesetze und Konstitutionen wie auch informelle Gebilde wie Gewohnheiten und soziale Verhaltensregeln. Für Ostrom sind Institutionen Arbeits- oder Verfahrensregeln, Regeln über die Berechtigung Entscheidungen zu treffen, Regeln über erlaubte und verbotene Handlungen und Prozeduren (1990: 66). Beide Definitionen stammen von ökonomischen Ansätzen. Ähnlich liest man bei Vertretern des soziologischen Neo-Institutionalismus, dass Institutionen Regelsysteme seien, worunter sowohl etwa wohldefinierte Rollen souveräner Nationalstaaten oder aber allgemein verfestigte Handlungsmuster verstanden werden (DiMaggio/Powell 1991: 8 f.; Meyer 2005). Das Spektrum ist also breit und vermischt sich mit dem Organisationsbegriff.⁷ Auch in diesem Beitrag lässt sich eine gewisse Unschärfe zwischen informell-kulturellen Festlegungen und formalisierten, in Organisationen gegossenen Regeln nicht vermeiden.

3. Institutionen als soziale Regeln bei Durkheim

Die Unvollständigkeit utilitaristischer Erklärungen und die These der Einbettung

Die bereits in der frühen Studie über die „Teilung der sozialen Arbeit“ gestellte Frage, durch welche Kräfte die Menschen zusammenhängen, obwohl sie immer verschiedener werden (1977), steht auch in weiteren Arbeiten Durkheims im Zentrum. Er wurde nicht müde gegen den Utilitarismus zu betonen, dass gesellschaftliche Ordnung nur aus der Bindung der Menschen an ‚höhere Interessen‘ entstehe. Eine auf individuellen Interessen basierende Ordnung sei instabil. In diesem Rahmen der ‚übergeordneten‘ sozialen Regeln, die in ihren Begierden schrankenlose Menschen begrenzen, ist der Begriff der Institutionen zu plazieren.

Durkheims Argumente über die Unvollständigkeit der utilitaristischen Ordnungserklärung kommen am markantesten in seiner Kritik an einer liberalen Vertragstheorie, wie sie im 19. Jahrhundert vom englischen Soziologen Herbert Spencer vorgetragen worden war, zur Sprache. Zwar erkenne dieser durchaus wie Durkheim selbst, dass sich wegen zunehmender Arbeitsteilung und vermehrten Austauschs nun Verträge als neuartige Regeln sozialer Beziehungen etablierten. Aber Verträge könnten nie von autonomen Individuen *frei* vereinbarte Regeln sein. Und während für Spencer die *Nützlichkeit* der Verträge für Individuen der wesentliche Grund sei, Verträge einzuhalten, ist diese Stabilitätsgarantie für Durkheim völlig unzureichend. Dagegen bringt Durkheim mit dem Begriff der ‚*Vertragssolidarität*‘ (1977: Kap. 7) das Argument in Anschlag, dass Abmachungen in den Wertvorstellungen einer Gesellschaft über das, was recht und billig, was fair und gerecht ist, verankert seien. Weiter betont er, dass die Autorität gesetzter sozialer Regeln und Verträge auf etwas beruhe, was mehr Macht habe als ein allein interindividuell ausgehandelter Vertrag. Verträge hätten nicht-vertragliche Grundlagen. Oder: Verträge seien das ‚Werk der Gesellschaft‘, nicht das von Individuen. Interindividuelle Vertragsvereinbarungen basierten auf Gemeinsamkeiten und Verpflichtungen der Akteure, auf ‚bindenden‘ Kräften, die jenseits der von Menschen gemachten Verträge wirkten.

Durkheims Vertragssolidarität formuliert typische Argumente eines *anti-individualistischen* Institutionenbegriffs: Das Problem individualistischer Ansätze, dass das situativ immer wieder neue rationale Nutzenkalkül jede vertragliche Bindung sprengt, wird durch verpflichtende Moral gelöst.⁹ Wo der individualistische Ansatz ein individuelles *Interesse* an der Einhaltung von Regeln aufgrund ihrer Vorteile annimmt, setzt Durkheim die ‚Autorität gemeinsamer Glaubensvorstellungen‘ und die Überzeugung von der Legitimität der Regeln ein und hebt die Vorrangigkeit alles Sozialen hervor. Er lehnt kategorisch ab, dass *allgemein gültige* Regeln und Normen jemals den *partikularen* Interessen Einzelner entspringen könnten.⁹ Auch erklärt Durkheim nicht, was diese heute als „Sozialkapital“ bezeichnete (Ostrom 1990) verbindliche Moral erzeugt, sondern er setzt sie voraus. Wie eine gesellschaftliche Moral überhaupt Autorität ausüben kann, entwickelt er erst in den „Elementaren Formen des religiösen Lebens“ (s. u.).

Neuere Interpreten zeigten, dass in der ‚Arbeitsteilung‘ neben der bekannten ‚Vertragssolidarität‘ noch eine individualistische Variante der Theorie sozialer Regeln existiert. *Baurmann* (1999) rekonstruierte, dass Durkheim in dieser frühen Phase noch von einer spontanen Entwicklung sozialer Regeln im Zuge der zunehmenden Kooperation und der neuen Interdependenzen unter arbeitsteilig produzierenden Akteuren ausging. An Durkheims Beschreibung der Entstehung einer neuen organischen Solidarität unter nicht mehr aufgrund ihrer Gleichheit ‚mechanisch‘ Verbundenen legte *Schmid* Argumen-

tationsmuster frei, die zeigen, dass sich Durkheim im Kern Zusammenhalt als *kollektives Gut* erkläre (1989). Die These der stets von Gerechtigkeitskriterien abhängigen Gültigkeit von Verträgen stellt für Beckert (1997) den Versuch dar, moralische Kriterien der Gesellschaft gegen den ‚Markt‘ zur Geltung zu bringen. Durkheim mag sich, wie Beckert betont, über die Steuerbarkeit moderner Marktbeziehungen durch Moral getäuscht haben. Am Stellenwert, den Durkheim *gerechten* Verträgen einräumte, lässt sich aber m. E. verdeutlichen, dass es ihm nicht um qua Tradition bindende Werte, sondern um spezifisch moderne Normen ging. Denn Gerechtigkeit impliziert, dass Bürger die Regeln anerkennen können sollen. Es geht Durkheim um legitimen Zwang, nicht um tradierte, gemeinschaftliche Moral. Aber der individualistische Zug bei Durkheim ist schwach. In seinen weiteren Schriften dominiert die Auffassung der von *gesellschaftlichen Werten* abhängigen Verträge und Institutionen.

Institutionen als soziale Regeln

Soziale Ordnung ist Durkheims ‚Anathema‘ (Müller 1986: 129), das sich zusammen mit der Abgrenzung gegenüber einer individualistischen Erklärung und der Entwicklung einer eigenen ‚kollektiven‘ Erklärung durch alle Schriften zieht. Institutionen nehmen in diesen Überlegungen zu den gesellschaftlichen Mechanismen von sozialem Zusammenhalt eine wichtige Stellung ein. Unter diesem Begriff sammelt Durkheim alles, was zusammenhält und was die Anomie erzeugenden Begierden der Individuen bremst. Charakteristisch an diesen Institutionen ist aber, wie ich im Folgenden herausarbeite, dass sie äußere und den Individuen übergeordnete soziale Regeln sind.

In den ‚*Regeln der soziologischen Methode*‘ (1970) richtet Durkheim die Soziologie auf die Analyse der Festlegung menschlichen Verhaltens durch Institutionen aus und definiert als den Gegenstand der Soziologie die Analyse der *äußeren Zwänge*. Der *Institutionenbegriff* taucht hier für die Regelung menschlichen Handelns durch übergeordnete Regeln im Vorwort zur zweiten Auflage auf. Sonst umreißt Durkheim mit Begriffen wie ‚äußerer Zwang‘, ‚soziologischer Tatbestand‘ oder ‚soziale Tatsachen‘ seine Auffassung über die Regelung sozialen Handelns durch außerhalb der Reichweite des Akteurs liegende Zwänge. Soziale Tatsachen erkenne man daran, „daß sie auf das Bewußtsein der Einzelnen einen zwingenden Einfluß auszuüben vermögen.“ (1970: 97). Die Autorität sozialer Zwänge durch Institutionen beruhe auf deren ‚*Prestige*‘, also auf der Anerkennung von constraints.

Institutionen werden als kollektive Glaubensvorstellungen und Verhaltensweisen mit eigener Realität bestimmt, die moralisch *über* den Individuen und historisch *vor* den Einzelnen stehen. Durkheim sah durchaus, dass soziale

Regeln oder kollektive Handlungsweisen durch menschliches Handeln entstehen. Aber da er seine eigene Position gegen die ökonomische abgrenzen und zuspitzen wollte (Tyrell 1985), hebt er hervor, dass Institutionen ein *Eigenleben* gegenüber ihren Schöpfern entwickelten (Durkheim a. a. O.: 99). Sie seien etwas eigenständig Soziales, weil sie aus der *Vereinigung* der Tätigkeit von Individuen hervorgehen. Die Synthese individueller Strebungen Vieler ergebe *emergente* Phänomene jenseits des Einzelwillens.

„Es gibt . . . ein Wort, das in geringer Erweiterung seiner gewöhnlichen Bedeutung diese ganz besondere Art des Seins ziemlich gut zum Ausdruck bringt, nämlich das Wort Institution. Tatsächlich kann man, ohne den Sinn dieses Ausdrucks zu entstellen, alle Glaubensvorstellungen und durch die Gesellschaft festgesetzten Verhaltensweisen Institutionen nennen; die Soziologie kann also definiert werden als die Wissenschaft von den Institutionen, deren Entstehung und Wirkungsart.“ (1970: 100)

An dieser Definition von *Institutionen* ist in Hinblick auf die Rolle von Institutionen in aktuellen Debatten zweierlei bemerkenswert: a) Auch heute werden Institutionen als Regeln und Mittel der Ermöglichung von Kooperation betrachtet: Institutionen stellten Sicherheit und Verbindlichkeit her, machten das Handeln anderer erwartbar und erlaubten es, selbst ‚kooperative Strategien‘ zu wählen (Esser 2000; Lange/Schimank 2005). b) Der Institutionenbegriff ist weit. „Glaubensvorstellungen“ und ebenso gesellschaftlich festgesetzte Verhaltensweisen sollen für Durkheim dazu gehören. Neuere Definitionen von Institutionen entsprechen dem: Für sie umfassen Institutionen ebenfalls ein breites Spektrum an Festlegungen von Verhalten: Dazu gehören rechtliche und organisatorische Strukturen, aber auch Gewohnheiten und Sitten. Gemeinsam ist allen: Sie gäben Verhaltensweisen vor, schränkten Verhaltensweisen des Einzelnen ein, ermöglichten es aber auch (March/Olson 1989: 22; Meyer 2005: 8).

Weiter müssen gesellschaftlich vorgeschriebene Verhaltensweisen für Durkheim eine Realität ‚sui generis‘ haben (Durkheim 1970: 94 f.), d. h. eine eigene, nicht auf das Wollen Einzelner zurückführbare Realität. Gegen die utilitaristische Annahme, Vertragsregeln würden wegen der Vorteile friedlichen Austauschs eingehalten, setzt Durkheim Institutionen als äußeren Zwang. Die Skepsis gegenüber einem ‚Regelutilitarismus‘ (Münch 1988: 286) und einer Ableitung von Institutionen aus individuellen Interessen findet Nachfolger in der aktuellen Soziologie. Organisationssoziologische Ansätze wenden sich gegen eine Erklärung des Handelns in Organisationen mit Eigeninteresse und verweisen statt dessen auf die Prägung von Organisationen durch kulturelle Muster, Wissensbestände und ‚frames‘ (March/Olson 1988; DiMaggio/Powell 1991; Hasse/Krücken 2005). Wenn Durkheim betont, dass Institutionen *über* den individuellen Interessen stehen müssten,

dann hat er Legitimität und Stabilität im Blick. Ohne ‚äußeren‘ Zwang würden sie gekippt, sobald dies rationalen Egoisten opportun erscheint. Auch das Modell einer Aggregation der Interessen Vieler durch den ‚Gesellschaftsvertrag‘ akzeptiert Durkheim nicht als Erklärung von Kooperation. Da dieser von Interessen abhängt, sei er instabil und damit keine Lösung für das Problem friedlicher Kooperation. Dass gemachte politische ‚Regeln‘ mit gesellschaftlichen Symbolen, normativen Standards etc. übereinstimmen müssten, vertritt auch der organisationssoziologische Neo-Institutionalismus (March/Olsen 1989: 51). Für diese dreht sich politisches Handeln primär um Legitimität und Angemessenheit, nicht um rationale Problemlösungen und kollektive Entscheidungen.

In der Studie zum *Selbstmord* (1973) untermauert Durkheim den überindividuellen Zwangscharakter sozialer Institutionen. Ohne die Begrenzung ungezügelter individueller Begierden durch gesellschaftliche Institutionen wie die Ehe oder kollektive Vorstellungen über angemessene Ungleichheit fehle dem Einzelnen die Grenze. In der ‚*Religionssoziologie*‘ analysierte Durkheim dann auch die *Entstehung* kollektiver Wertschätzung und Moral (1994). Am Beispiel einfacher, archaischer Religionen hoffte er zu erkennen, wie sich die Autorität von Moral konstituiert. Die besondere Eignung des Gegenstands Religion begründet er damit, dass Religion wie auch Moral den Menschen als übergeordnete Regeln scheine und beide Male sich Menschen an etwas orientierten, das aus sich heraus keinen *physischen* Zwang darstellt und an sich keinen Wert besitzt. ‚Die Gesellschaft‘ sei selbst die höhere Autorität, die das Kollektiv etwa in Riten selbst schaffe (1994: 294 f.). In kollektiven Ereignissen werde Zusammengehörigkeit erneuert; in Symbolen und Versammlungen ‚vergöttliche‘ sich die Gesellschaft selbst. Dies bietet allerdings keine ausgeführte Theorie dazu, wie plurale Einzelne zu kollektiven Regeln oder Handeln kommen. Eine Aggregation der Einzelwillen über Riten ist für komplexe Gesellschaften einerseits eine zu begrenzte Sicht. Allerdings bietet sie einen Zugang zur irrationalen, religiösen Seite auch der modernen Politik oder von Organisationshandeln. Rationalität und Effizienz seien Mythen moderner Gesellschaften (Meyer 2005b).

Auch in der späten Moralsoziologie behandelt Durkheim *über* den Einzelnen stehende soziale Regeln.

„Überließe der einzelne sich seinen natürlichen Neigungen, so hätte er keinen Grund, sich nicht ohne Rücksicht auf die anderen zu entfalten . . . und sich dabei nicht um die Störungen zu kümmern, die er um sich herum verursacht. Erst die moralische Disziplin setzt ihm Grenzen, sagt ihm, wie sein Verhältnis zu den anderen beschaffen sein soll, wo die Schwelle zu einem unrechtmäßigen Übergriff überschritten ist und welche Leistungen er der Gemeinschaft zu ihrer Erhaltung schuldet.“ (1991: 27 f.)

Moral definiert also die Beziehungen zu anderen, indem sie auch die zulässigen ‚externen Effekte‘ (in den Worten Durkheims: ‚Schwelle zu unrechtmäßigen Übergriffen‘) individuellen Verhaltens definiert. Moral setze ‚kollektive Interessen‘ durch, weil sie Regeln darüber enthalte, welche ‚Übergriffe‘ unrechtmäßig sind oder welche Leistungen dem Kollektiv gegenüber angemessen sind. Moral sei ein Set an Rechten und Pflichten gegenüber den anderen, die besonders gut soziale Beziehungen in großen, anonymen Gruppen ohne die unmittelbare Kontroll- und Beeinflussungsmöglichkeiten kleiner Gruppen regle. Somit ist Moral eine Institution, denn schließlich setzt sie Verhalten fest.

In späten Schriften zur Moralsoziologie modernisiert Durkheim den moralischen Zwang. Er sieht nun, dass in moderne Gesellschaft vielfältige Wertprinzipien nebeneinander existieren; was er als *moralischen Polymorphismus* bezeichnet (1991: 15–18; Müller 1991). Er sieht, dass Menschen Milieus mit divergenten Regeln angehören und die Autorität pluraler Moralen abnimmt. Über diese plurale Moral spanne sich aber eine *universalistische Moral*, der *‚moralische Individualismus‘*. Diese die Rechte des Individuums schützende Moral sei eine *Zivilreligion* und damit wiederum ein *kollektives* Phänomen (1986: 60–63; 1991: 97).¹⁰

4. Institutionen bei North

Die Unvollständigkeit der utilitaristischen Erklärung

Durkheim hätte vermutlich keine Schwierigkeiten den Sätzen Norths zuzustimmen:

„Eine neoklassische Welt wäre eine Art Freistilringen; keine Gesellschaft könnte in ihr überleben.“ . . . „Jedem individualistischen Kosten-Nutzen-Kalkül zufolge müssten Betrug, Drückebergerei, Diebstahl, Körperverletzung und Mord überall an der Tagesordnung sein. Wir beobachten zwar alle diese Verhaltensweisen, aber daneben beobachten wir ebenso Personen, die Vorschriften einhalten, obwohl sie diesen mit erheblichem Nutzen straflos zuwider handeln könnten.“ (North 1988: 12)

Auch für *North* ist die Theorie des rationalen, nutzenkalkulierenden Individuums unvollständig. Er ergänzt die neoklassische ökonomische Theorie um formelle und informelle Institutionen, die er mit *Transaktionskosten* begründet. Dies sind Kosten für die Informationsbeschaffung über die Handlungsoptionen, die Qualität der Ware, die Vertrauenswürdigkeit des Partners etc. und für die Absicherung des Austauschs durch Verträge und deren Durchsetzung. Ein wirklich rationales Handeln und Entscheiden sei schwierig, weil

eine offene Zukunft es kaum zulasse, exakt die Vor- und Nachteile zu kalkulieren. Ein Individuum könne weder alle künftigen Ereignisse vorhersehen, noch zahlreiche Optionen in ihren Vor- und Nachteilen gegeneinander abwägen. Die kognitiven Kapazitäten der Akteure reichten bei weitem nicht aus, um komplexe Kalküle über diverse Optionen anzustellen. Substantielle Rationalität erfordere aber genau das. Der Erwerb von vollständigen Informationen, auf die sich eine rationale Wahl stützen müsste, koste Zeit und andere Handlungschancen. Wegen der hohen Kosten für die Informationsbeschaffung und Orientierung in einer komplexen, unsicheren Umwelt, die anfallen würden, wollten sich Akteure rational verhalten, seien Institutionen *vorteilhaft*.

„Die Rechenkapazitäten des einzelnen sind durch die Fähigkeit des menschlichen Gehirns zur Verarbeitung, Ordnung und Nutzung von Information limitiert. Aus dieser Fähigkeit im Verein mit den Unsicherheiten bei der Entschlüsselung der Umwelt entwickeln sich materielle und Verfahrensregeln zur Vereinfachung zwischenmenschlicher Beziehungen.“ (North 1992: 31)

Institutionen reduzierten den eigenen Optionsraum wie auch den der Anderen. Das erleichtere die Informationssuche und -verarbeitung. Der über alle Optionen informierte Akteur der neoklassischen Ökonomie ist für North nur bei einfachen Entscheidungen (z. B. Kauf von Margarine) realistisch (1992: 21 ff.). Wegen der Transaktionskosten und der unplanbaren künftigen Ereignisse sei es für Akteure rationaler, nach *subjektiven Modellen* über ihre Umwelt zu handeln.

Auch *Verträge*, die nach dem neoklassischen ökonomischen Modell den Austausch entsprechend der individuellen Präferenzen der Beteiligten regeln, seien unvollständig (Richter/Furubotn 1999: 157). Ein wirklich vollständiger Vertrag müsse Austausch so regeln, dass keinerlei Unsicherheit bestehe. Wegen der Unwägbarkeiten über zukünftige Entwicklungen sei dies jedoch kaum möglich. Denn Verträge könnten nicht verhindern, dass Partner List anwenden und täuschen, dass sie minderwertige Waren liefern oder unzuverlässig zahlen. Je lückenloser ein Vertrag sein muss, weil der Gegenwert überprüft werden müsse oder man alter misstrauere, desto höher seien die Kosten für das Aushandeln von Verträgen. Soziale Mechanismen wie Vertrauen und informelle Regeln senkten die Kosten für das Abwickeln von Austausch. Soziale Regeln wie „Verträge sind einzuhalten“ senkten die Transaktionskosten. Insgesamt kritisiert North demnach die Unvollständigkeit des ökonomischen Modells der rationalen Wahlhandlung Einzelner und der vertraglichen Regulation von Austausch. Beide Male sollen Institutionen die Lücke in der wie folgt beschriebenen Weise schließen.

Institutionen als soziale Regeln

Wie die in Kapitel zwei des Beitrags genannten Autoren versteht auch North Institutionen als Regeln, die Menschen kollektiv handlungsfähig machen und durch die sie kooperieren können. „Institutionen sind die Spielregeln einer Gesellschaft oder, förmlicher ausgedrückt, die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion.“ (North 1992: 3) Zwar spricht North hier von ‚erdachten‘ Regeln, dennoch stellen Institutionen für ihn keine intentionale Reaktion auf Kooperationsprobleme dar, sondern sind ein Produkt langfristiger Evolution.

„Institutions are the humanly devised constraints that structure political, economic and social interaction. They consist both of informal constraints (sanctions, taboos, customs, traditions, and codes of conduct), and formal rules (constitutions, laws, property rights). Throughout history, institutions have been devised by human beings to create order and reduce uncertainty in exchange. Together with the standard constraints of economics they define the choice set and therefore determine transaction and production cost and hence the profitability and feasibility of engaging in economic activity. They evolve incrementally, connecting the past with the present.“ (North 1991: 97)

Für North entstehen Institutionen aus dem Handeln von Menschen, sie sind nicht wie bei Durkheim eine äußere Moral.¹¹ Für beide aber sind soziale Spielregeln erforderlich. Während sie bei Durkheim ungezügelter Bestrebungen der Individuen begrenzen, ergibt sich der Regelbedarf bei North aus der Unsicherheit über die Umwelt und die damit verbundenen ‚Kosten‘. Nach dem Zitat regulieren Institutionen über die ökonomischen Austauschbeziehungen hinaus auch soziale und politische Beziehungen und schaffen soziale Ordnung. Institutionen ermöglichen Tauschgewinne. Denn Gruppen, die in der Lage sind, die Bedingungen des Austauschs so zu gestalten, dass Akteure möglichst wenig in Gefangenendilemma-Situationen geraten, hätten Vorteile. Institutionen könnten Probleme des Austauschs auch verschärfen; sie seien nicht per se rational oder effizient. Es setzten sich u. U. lediglich die durch, die von Gruppen mit der größten Verhandlungsmacht präferiert werden.

„In einer durch unpersönliche Tauschvorgänge gekennzeichneten Hochtechnologiewelt“ (1992: 15) ist, so North, die nachteilige Anreizstruktur in Austauschbeziehungen unter rationalen Akteuren der Normalzustand. Hier gebe es in der Regel Spiele mit großer Teilnehmerzahl und einem Ende, mit geringer Abhängigkeit sowie schwer sichtbaren Beiträgen der Akteure. Das sei das Gegenteil der Situation, in der sich spontan bedingte Kooperation (Axelrod 1991) entwickle. Institutionen lösten jedoch Kooperationsprobleme, weil sie den Optionsraum anonymer Anderer im Geltungsbereich der Institu-

tion festlegten.¹² Sie reduzierten Komplexität und produzierten „geregelte Muster menschlicher Interaktion“ (1992: 28).

Verhaltensweisen festlegen und die Erwartbarkeit des Handelns Anderer steigern können für North *informelle* Institutionen wie Traditionen, Sitten oder Werte und Normen und ebenso gut *formelle* Institutionen wie Recht oder in Organisationen verfestigte Regeln. Der Institutionenbegriff von North ist demnach breit.¹³ Dies spitzt sich v. a. in späten Schriften noch zu, wo North nun auch subjektive Theorien, Ideen, non-rational beliefs, mental maps und Ideologien in ihrer Funktion, die Komplexität des Handelns begrenzen zu können, thematisiert. Es heißt dann: „the beliefs that humans hold determine the choices they make that, in turn, structure the changes in the human landscape.“ (North 2005: 23). Indem North verstärkt die Komplexitätsreduzierung durch Ideen in seine Theorie einbaut, ergibt sich ein Modell der durch Ideen und Ideologien geformten Institutionen. Ich zeige im Folgenden die Stellung informeller Institutionen und Ideen und zeige, dass North nun ähnlich wie Durkheim formelle Institutionen in gesellschaftliche Moralvorstellungen eingebettet sieht.

Formelle und informelle Institutionen

Für North können *formelle und informelle* Institutionen gleichermaßen den Wahlbereich des Einzelnen definieren (North 1992: 4). Beide Regelarten erlaubten die Ausbildung von Erwartungen über das Handeln anderer. Beide legten fest, was statthaftes Handeln, einzuhaltende Verfahren oder wahrscheinliche ‚outcomes‘ sind. Formelle wie auch informelle Institutionen reduzierten die Kontingenz individueller Entscheidungen im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Austausch. Nach North unterscheiden sich *informelle* und *formelle* Institutionen aber insofern, als sich erste nicht willkürlich durch Menschen beeinflussen lassen und nur langsam wandeln. Alles, was Begrenzungen schafft, auch die Bindung durch soziale Normen und Werte, spart Transaktionskosten. Formelle und informelle Institutionen stehen zunächst noch pragmatisch gleichrangig neben einander. Formlose Beschränkungen durch Kultur und Werte bildeten *zusammen* mit formellen den institutionellen Rahmen wirtschaftlicher Entwicklung (1992: 162).

„Formlose Beschränkungen ergeben sich aus der Werttradition einer Kultur, aus der Erweiterung und Anwendung formgebundener Regeln auf die Lösung spezifischer Tauschprobleme, aus der Lösung alltäglicher Koordinationsprobleme. Insgesamt scheinen sie weitestreichenden Einfluß auf die Institutionenordnung auszuüben. Eine lebendige Tradition von Arbeitsfleiß, Redlichkeit und Anständigkeit senkt einfach die Kosten von Transaktionen und ermöglicht kom-

plexen produktiven Tausch. Solche Traditionen sind stets von Ideologien getragen, die die Einstellungen der Menschen verstärken.“ (1992: 164 f.)

Das Zitat verdeutlicht, dass North informelle Beschränkungen zunächst sowohl aus Werttraditionen als auch aus der pragmatischen Anpassung an formelle Regeln entstehen sieht. Formelle, von Menschen machbare Institutionen generierten wieder neue informelle Beschränkungen. Diese Haltung unterscheidet ihn, zunächst noch, vom Vorrang informeller kultureller Regeln bei Durkheim, der kulturelle Bestände der Gesellschaft als eine Art ‚Urgrund‘ weiterer formeller Institutionen sieht. Die Gleichberechtigung aller Institutionen ändert sich später, und Ideen, Ideologien und ‚mental maps‘, also nicht-rationale Glaubensvorstellungen, werden auch bei North zum ideellen Untergrund und zur Blaupause formeller Institutionen (Beckert 2002).¹⁴

„Ideas matter“: Ideologien und mental maps

Auch Ideen und Ideologien sind für North Begrenzungen, die in einer überkomplexen Umwelt handlungsfähig machen (1988: 57). Sie stellen Interpretationsmuster zur Verfügung, mit denen die komplexe soziale Umwelt entschlüsselt werde. In Ideen enthaltene Interpretationsmuster seien wichtig, weil Akteure keine wirklichkeitsgetreuen Modelle der Welt besäßen, sondern Entscheidungen nach Ideologien und vorgefertigten Gedankenmodellen trafen (North 2005: 21). Ideen und Ideologien böten spezifische Interpretationen einer unsicheren, nie vollständig durchschaubaren sozialen Welt und vereinfachten, ja ermöglichten überhaupt Entscheidungen. Ideologien sind Deutungsmuster, die Umwelt kognitiv strukturieren und bestimmte Optionen als die *richtigen* auszeichnen. Dass Ideologien neben einer rein kognitiven auch eine *moralische* Dimension haben, spricht North lediglich in den früheren Schriften an; hier sieht er, dass sie Werturteile über Gerechtigkeit transportieren und Legitimität beschaffen.¹⁵ „Zum Grundbestand jeder individuellen Weltanschauung gehört ein Urteil über die Billigkeit oder Richtigkeit des ‚Systems‘.“ (North 1988: 51) Wenn politische und wirtschaftliche Ordnungen sich an *moralisch anerkannte Verhaltensnormen* anlehnten, minderten sie ‚Durchsetzungskosten‘. Auch wären Vertragsregeln, die Menschen als unrechtmäßig beurteilen, kaum durchzusetzen.

Da Akteure keinen Zugang zur Welt auf der Basis substantieller Rationalität hätten, seien ‚mental models‘ dafür entscheidend, welche Optionen in der Umwelt wahrgenommen werden. Institutionen strukturierten den Austausch unter Akteuren; analog strukturierten Ideen und Glaubenssysteme die Situation kognitiv, bestimmten konkretes Handeln und schließlich auch den Verlauf institutionellen Wandels. „The beliefs that humans hold determine the choi-

ces they make that, in turn, structure the changes in the human landscape.“ (North 2005: 23). Ideologien seien die ‚shared mental models‘ einer Gruppe und die mentalen Modelle in der *Evolution politisch-ökonomischer Systeme* und Gesellschaften. Der späte North zurt die Beziehung zwischen Ideen und Institutionen sehr eng: ‚Belief systems‘ sind nun die ‚internal representations‘, Institutionen die „external manifestations of that representations“. (2005: 49)

Ideen und Ideologien prägen nun die ‚Wahl‘ von Institutionen, die soziale Beziehungen regeln. Dieses Modell vom Verhältnis zwischen Ideen bzw. Ideologien und Institutionen ähnelt auf den ersten Blick *Durkheims* Modell der ‚Einbettung‘. Aber Norths Ideologiebegriff unterscheidet sich in mehreren Punkten von Durkheims Begriff kollektiver Moral. Erstens seien Ideologien eine ‚kollektive‘ Weltanschauung nur *innerhalb bestimmter Gruppen*. Sie seien somit an soziale Standpunkte gekoppelt und konkurrierten untereinander (North 1988: 50 f.). Eine herrschende Ideologie werde konfrontiert mit einer ‚Gegenideologie‘. Ideen könnten soziale *Ordnung* gleichermaßen stabilisieren und destabilisieren (2005: 103 ff.), sie trügen ebenso zu radikaler Veränderung bei.

Durkheim war wegen seiner Annahme der Einbettung formeller Verträge in kollektive Moralvorstellungen noch kritisiert worden. North entgeht diesem Verdikt, weil er – wie der organisationssoziologische Neo-Institutionalismus (Zucker 1977) – einen ‚cognitive turn‘ vollzieht und kulturelle Ideen von gesamtgesellschaftlichen Funktionen entlastet. Sie sind lediglich unverzichtbare Wahrnehmungsmuster, mit denen Welt erschlossen und interpretiert wird. Die Aufgabe gesellschaftlicher Integration tragen ‚cognitive frames‘ nicht mehr.

Allerdings findet man bei North eine erneute Wende weg von diesem ‚aufgeklärten‘ Ideologiebegriff. Bei seinem Versuch, die Rolle von Ideen lerntheoretisch zu entwickeln, wird Kultur kollektiv. Individuelles Lernen könne mittels direkter Erfahrung langsam und allmählich ‚mental maps‘ aufbauen; aber das indirekte Lernen mit Hilfe von Modellen (sei es kultureller oder andere Art) gelinge sehr viel rascher und so effizienter. Ähnliche Vorteile entdeckt North auch für kollektives Lernen und *gemeinsame* mentale Modelle. Zwar könnten gemeinsame mentale Modelle durch *direktes* Lernen entstehen, indem durch *Kommunikation* individuelle ‚mental models‘ zu *kollektiven sozialen* Gedankenmodellen aggregieren. Kollektives Lernen sei aber effektiver, wenn es einfach an *Kultur* anschließe. Denn Kultur biete bereits gemeinsame Situationsdefinitionen ohne langwierige Kommunikation. „The cultural heritage provides a means of reducing the divergence in the mental models that people in a society have . . .“ (Denzau/North 1994: 15). So kommt er schließlich zu dem Argument, dass Kultur effektiv ist, weil sie Kosten reduziere, was ihr am besten gelinge, wenn sie kollektiv sei. Letztlich macht North gemeinsame

‚mentale Landkarten‘ und ‚cultural heritage‘ zur Grundlage von Institutionen (Denzau/North 1994: 21).

Wenn mentale Landkarten aus gesellschaftlichen Wissensbeständen übernommen werden, geht allerdings die Chance für eine Anpassung von Institutionen an neue Umweltverhältnisse angesichts des Gewichts von Ideologie und kultureller Traditionen gegen Null; wirkliches Lernen, bei dem die Konstrukte allmählich realitätshaltiger werden, ist nicht mehr möglich.¹⁶ Diese letzte Wende Norths ist zirkulär und wenig überzeugend. Die Existenz von politischen Gremien, Ethikkommissionen, Verfassungsgerichten etc. belegt, dass Gesellschaften einen hohen Aufwand betreiben, um divergente ‚mental maps‘ in Kommunikation abzuschleifen, aneinander anzunähern und aus Dissens zu lernen. Die Gestaltung von Institutionen ist durchaus mit zeit- und kostenintensiven Lernprozessen verbunden. Offenbar können sich moderne Gesellschaften nicht auf gemeinsame ‚cognitive frames‘ verlassen. Sie *versuchen* (!) rationale Lösungen zu finden.

5. Vergleich

Unvollständigkeit

Durkheim wie auch North bezeichnen das utilitaristische Modell des rationalen Handelns und der auf individuellen Interessen basierenden Institutionen als unvollständig. Für Durkheim basiert die Unvollständigkeit auf der vom utilitaristischen Ordnungsmodell unzureichend geklärten Frage, wie denn auf partikularen, schwankenden Interessen basierende Institutionen stabil sein und kollektive Gültigkeit beanspruchen können. Für North ist dagegen das Modell des rationalen, individuellen Nutzen verfolgenden Handelns unvollständig, weil es ‚Kosten‘, die wirklich rationales Handeln verursachen würde, und die Grenzen individueller kognitiver Kapazitäten übersehe. North bezieht soziale Institutionen funktional auf kognitive Bedingungen und ‚Kosten‘ *individuellen Handelns*.

Institutionen: soziale Regeln oder kognitive Muster?

In Institutionen manifestieren sich sowohl für Durkheim als auch North soziale Regeln. Für beide Autoren ist es notwendig, Handeln zu regulieren und durch ‚stabilizing devices‘ zu binden. Gleichwohl sind Begrenzungen beide Male anders konstruiert. Nach Durkheims kollektivistischem Institutionenverständnis müssen die schrankenlosen Begierden Einzelner reguliert werden, damit *soziale Ordnung* erhalten bleibt. Sein Insistieren auf Institutionen

als *äußerer* Zwang, die Akteuren nicht zugänglich sein dürfen, ist gegen eine individualistische, ökonomische Sozialtheorie gerichtet, die Institutionen aus Interessen ableitet.¹⁷ Institutionen müssen ‚soziale Tatsachen‘ und damit Individuen nicht zugängliche Begrenzungen des Handelns sein, da Durkheim ‚Verträge‘ – womit Durkheim alle Arten von formellen, gemachten Regeln wie Verfassungen oder Gesetze meinte – individuellen Interessen entziehen wollte.

Bei seinem Versuch, sozialen Regeln eine stabile Basis zu geben und ihre Autorität in *der Gesellschaft* zu verankern, verdinglicht Durkheim die Gesellschaft und stößt nicht zu konkreten Prozessen vor, in denen mit Verpflichtungscharakter ausgestattete soziale Institutionen (heute) generiert werden. Diese Verdinglichung ist Durkheims Antwort auf die für ihn bei konsequenter Interessenorientierung höchst gefährdete Stabilität von Regeln. Seine Erklärung für die Autorität der Gesellschaft – Versammlungen, Vereinigungen und Rituale, in denen Gruppenprozesse den Einzelnen übersteigende Autorität und Kollektivität erzeugten – benennt zwar, dass es *spezifische* Prozesse gibt, in denen Überindividuelles erwächst und Individuen ‚kollektiv handeln‘. Durkheim hätte dies zu einer Theorie der Selbsterzeugung von Regeln etwa durch politische Verfahren, durch ‚bargaining‘ und Einbindung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen (z. B. Buchanan 1984: 76 ff.) oder durch praktische Diskurse unter Berücksichtigung des Staates und anderer Regelsetzungsinstanzen und -akteure weiterführen müssen, um eine den Bedingungen moderner Pluralität der Werthorizonte angemessene Konzeption der Genese von „Autorität“ zu bieten. Durkheims späte Moralthorie benennt hingegen Grundzüge, wie moderne soziale Regeln aussehen können: Sein ‚moralischer Polymorphismus‘, der zusammen mit einer universalistischen Staatsbürgermoral existiere, ist anschlussfähig etwa für das Konzept der *Citizenship Rights*, in dem ebenfalls abstrakt gleiche ‚Staatsbürger‘ und ungleiche sozio-ökonomische Verhältnisse wie auch kulturelle Divergenzen koexistieren (Marshall 1964; Schwinn 2001; Mackert 2004).

Im Unterschied dazu verdinglicht North Institutionen nicht zur *übergeordneten* Moral ‚*der Gesellschaft*‘, sondern für ihn entstehen sie evolutionär im Zuge kontinuierlicher menschlicher Versuche, Institutionen weiterzuentwickeln. Der *Regelcharakter* von Institutionen ist bei North anders als bei Durkheim zweifach verankert. Während Durkheim überwiegend das sozial Ord nende der Institutionen betont, begründet North Institutionen sowohl mit ihrer Leistung für die Orientierung Einzelner – wegen limitierter kognitiver Fähigkeiten in einer überkomplexen Umwelt selegierten Institutionen ein ‚feasible set‘ an Handlungsmöglichkeiten – als auch mit ihrer Leistung, im wirtschaftlichen und sozialen Austausch für Erwartungssicherheit zu sorgen. Sie begrenzen den Optionsraum und damit das Risiko, dass nutzenmaximierende Akteure defektieren. In dem Maße, wie beim *späten* North ‚mental

maps', Ideen oder Ideologien, also kognitive Muster für die Entschlüsselung einer komplexen, interpretationsbedürftigen Welt in den Vordergrund treten, tritt der Aspekt, dass Institutionen das ‚feasible set‘ auch *sozial* begrenzen, in den Hintergrund. Dass die soziale ‚Umwelt‘ v. a. wegen der kontingenten Handlungsoptionen Anderer riskant ist, gerät North aus dem Blick. Begreift man Institutionen aber lediglich als *Wahrnehmungsschemata*, dann blendet das aus, dass sie *soziale* Regeln sind, die auf Akteure ggf. mit Zwang oder Anreizen so einwirken, dass diese dem Anreiz zur Maximierung des eigenen Nutzens widerstehen. Wenn die kontingenzreduzierende Funktion von Institutionen aus der Unsicherheit des Verhaltens anderer abgeleitet ist – die Anderen sind schließlich die Hauptursache der Kontingenz der sozialen Umwelt –, dann ist aber auch die *Verbindlichkeit* der Regeln ein Erklärungsproblem. Den sozialen – und nicht kognitiven – ‚Zwang‘ von Institutionen behandelt Norths späte Institutionentheorie kaum. Sie wendet sich primär kognitiven Schemata zu, die die Orientierung in einer komplexen Welt erleichtern. Sie vollzieht einen ‚cognitive turn‘, der auch den Neo-Institutionalismus prägt. Dieser als auch North erweitern das rational choice Modell zugunsten eines *soziologischen* Modells. Schwierig wird dann aber die Erklärung von problemlösendem Handeln, das nicht immer nur kognitive ‚frames‘ reproduziert.

Kulturelle ‚frames‘ können aber auch weniger übersozialisiert als bei Durkheim verstanden werden: Ähnlich wie für North kulturelle ‚frames‘ Träger haben, vertreten Neo-Institutionalisten, dass es Spielräume bei der Aneignung, multiple frames und Konkurrenzkämpfe gibt. ‚Skilled strategic actors‘ (Fligstein 2001) setzten ‚frames‘ strategisch ein, um die (vielfältigen Interpretationen zugänglichen) Ereignisse zu deuten, zu überzeugen, ihr Handeln als legitim auszuzeichnen.¹⁸ Erwartungssicherheit wird jedoch nicht nur kognitiv geschaffen, sondern auch durch ‚constraints‘, die u. a. Produkt politischen Handelns sind. Es darf bezweifelt werden, dass die Organisationsumwelt einheitliche institutionelle Vorgaben dafür hat, wie constraints auszusehen haben. Die dann nötigen kollektiven Entscheidungen und Normsetzung begreift man nicht allein mit mentalen Prozessen.¹⁹

Einbettungsthese: Das Verhältnis zwischen formellen Institutionen und Kultur

Ich hatte rekonstruiert, dass sowohl Durkheim als auch North ein Verhältnis zwischen einem Bestand an informellen Institutionen und gemachten, formellen Institutionen beschreiben, den man als ‚Einbettung‘ bezeichnen kann. Durkheims Formel der ‚Vertragssolidarität‘ bringt zum Ausdruck, dass Verträge in den geltenden Wertvorstellungen über das, was recht und billig, was

fair und gerecht ist, verankert seien. Durkheims These einer moralisch-kulturellen Basis von Verträgen rückt die Legitimität von Institutionen in den Vordergrund und behauptet, dass in Institutionen verankerte ‚constraints‘ nur durch allgemeine Prinzipien, nicht aber aufgrund partikularer Interessen stabil seien. Dies lässt sich kritisch kommentieren: a) Auch die Erwartung individueller Vorteile ist eine tragfähige Basis formeller Institutionen. b) Zudem ist der Kontrast zwischen Interessen bzw. Nutzen und Werten zu schroff. Denn auch ein aufgeklärtes Nutzenkalkül erzeugt Interessen an Normen der Fairness, der Gerechtigkeit oder Gleichheit.²⁰ Oder man kann mit dem Begriff der Wertinteressen zusammen denken, dass Gruppen ein Interesse an bestimmten Werten haben. c) Durkheims These von der kulturellen Verankerung von formellen Regeln ist zu statisch formuliert. Wenn sie in der Tat nur kulturelle Skripte zur Geltung brächten und bedacht wären, gesellschaftlich legitim zu handeln, wäre Wandel schwer erklärbar. Das Argument trifft auch den Neo-Institutionalismus, der ebenfalls die Einbettung von Organisationen in die Erwartungen über Angemessenheit und Normalität ihrer Umwelt annimmt (March/Olsen 1989: 39–52; DiMaggio/Powell 1991). Außerdem sind Wertvorstellungen heute der Kritik, dem Diskurs und der Reflexion zugänglich und es lässt sich bereits mit anerkannten Verfahren Legitimation produzieren (Luhmann 1969).

Bei North entwickelt sich m. E. in dem Maße eine ‚Einbettungsthese‘, wie er Ideen und Ideologien als *Grundlage* von Institutionen einführt. In den frühen Schriften sind informelle Institutionen (z. B. Gebräuche, Werte) zunächst nicht den formellen, gemachten Institutionen vorgeordnet; beide reduzieren die Komplexität der Umwelt und legen Optionen in Kooperationsverhältnissen fest. Später erweitert er das Rational-Choice-Handlungsmodell um Ideen, Ideologien und nichtrationale Glaubenssysteme, auf die Akteure zurückgreifen müssten, weil der Anspruch rationaler Wahlentscheidungen empirisch nicht einholbar sei.²¹ Ideen werden bei North zu gleichwertigen ‚constraints‘ wie Institutionen. Ideen und Ideologien mit ihren Deutungsangeboten über vorliegende Probleme und ‚richtige‘ Mittel prägen letztlich, wie Institutionen gestaltet werden. Solange North Ideen in verschiedenen Trägergruppen verankert sieht, unterscheidet sich sein Modell der Einbettung von Institutionen von Durkheims Modell der Einbettung jeder formellen Ordnung in eine kollektive Moral. Die Begriffe, die North zur Kennzeichnung der ideellen Ebene verwendet – ‚mental models‘, subjektive Modelle oder Ideologie – transportieren zunächst nicht jenen Kollektivanspruch, den jedoch Durkheims Institutionenbegriff kennzeichnet. Letztlich räumt er aber den shared models sogar eine (nach Kostenkriterien) überlegende Rationalität ein.

Norths ‚Soziologisierung‘ der Vorstellung von rational machbaren und problemlösenden Institutionen ist teils zu begrüßen. Denn sie mengt dem Bild der von Menschen zur Lösung von Problemen der Handlungsabstimmung und

Kooperation *gemachten* Institutionen (Ostrom 1990; Scharpf 2000) einen Schuss an produktiver Verunsicherung bei. Institutionen sind nicht stets eine rationale Lösung, ebenso wenig sind sie für *alle* nützlich.²² Mit der Koppelung von formellen Institutionen an Ideen, Ideologien und ‚mental maps‘ verursacht North aber Folgeprobleme (die ebenso für den neueren Neo-Institutionalismus gelten): Es ist nun fraglich, wie formelle Institutionen noch Problemlösungen sein können und was durch den Filter der Ideologien durchdringen kann.²³ Die Möglichkeiten von Gesellschaften, wenigstens teils angemessene Problemlösungen zu finden, ist eingeschränkt. Indem North schließlich Ideen und Ideologien einem kulturellen Erbe gleichsetzt, ergibt sich eine kulturell bestimmte Bildung von Organisationen bzw. formellen Institutionen, die wie Durkheims ‚Vertragssolidarität‘ formelle Regeln in kulturelle Wertvorstellungen einbettet. Wenn ein kollektives kulturelles Erbe ‚mental maps‘ für die Selektion von Optionen überliefert, ist aber fraglich, wie erfahrungsbasiertes Lernen stattfinden kann, da das kulturelle Erbe wie der Igel vor dem Hasen immer bereits angekommen ist.

6. Fazit

Der Beitrag setzte an der Beobachtung an, dass mit der Ausbreitung des Institutionenbegriffs in den Sozialwissenschaften die in der Soziologie lange marginale, in Differenzierungs- und Pluralisierungsansätzen verabschiedete Frage nach den Formen und Voraussetzungen *kollektiver sozialer Regeln* bzw. sozialer Ordnung wieder zum Thema wird. Die aktuellen neo-institutionalistischen Ansätze verstehen Institutionen als Mechanismen, die das Verhalten anderer erwartbar machen und strukturieren, Kooperation erleichtern und soziale Dilemmata verhindern. Dieser Konsens über die Notwendigkeit von constraints schließt an das bereits von Durkheim vorgetragene Argument an, dass Verhaltensbeschränkungen durch Institutionen geordnete soziale Beziehungen erlaubten. Der Aufsatz untersuchte nun, ob sich Durkheims klassisch-soziologischer und der ökonomische Institutionenbegriff von Douglass C. North überschneiden und ob die neuere Institutionenökonomie von North Mängel vermeidet, die bei Durkheim viel kritisiert wurden. Stützt sich auch Norths Verständnis von Institutionen noch wie das von Durkheim auf kollektive, verbindliche Werte, deren Verfügbarkeit in differenzierte Gesellschaften jedoch in Frage gestellt wird? Die Ergebnisse lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

a) Für beide ist zwar gleichermaßen die *Unvollständigkeit* der utilitaristischen Erklärung für die Ordnung von Austauschbeziehungen der Ausgangspunkt, eine Theoriealternative zu entwickeln. Beide legen dar, dass *Begrenzungen* der schrankenlosen individuellen Interessen notwendig seien. Jedoch

leitet Durkheim institutionelle Begrenzungen primär aus ihrer Funktion für die Stabilität von sozialer Ordnung ab. Er betont die Notwendigkeit der überindividuellen Autorität von Regeln so sehr, dass er moderne Mechanismen der Genese kollektiver Regeln, deren Wandel und Reflexiv-Werden verpasst. Durkheim lässt der (wenn auch begrenzten) Rationalität von Akteuren, deren Bemühungen um neue Lösungen von Kooperationsproblemen keinen Raum. North hingegen begründet die Unvollständigkeit des RC-Modells mit den Transaktionskosten und später mit der überkomplexen Umwelt und den demgegenüber kognitiven Grenzen Einzelner. Institutionen böten Lösungen für diese Probleme, indem sie Optionen einschränken. Im Vergleich zu Durkheims Institutionenbegriff fehlt bei North aber ein Kollektivzweck und das Anliegen einer stabilen Ordnung. Der Verzicht darauf, mit formellen und informellen Institutionen soziale Ordnung erklären zu wollen, kennzeichnet auch den Neo-Institutionalismus. Er wendet sich ebenfalls Institutionen als Beschränkungen zu, fragt aber konkret empirisch, wie diese Entstehung und Wandel von Organisationen beeinflussen. Die größere Nähe zur Empirie ist zu begrüßen und hilft auch bei der Frage nach sozialer Ordnung weiter. Jedoch sind Institutionen nicht auf Routinen oder Wissensmuster zu beschränken, was den Institutionenbegriff deutlich kognitiv verkürzt.

b) Durkheims bekannte Formel von der ‚Vertragssolidarität‘, also der Abhängigkeit und Einbettung der gemachten, formellen Verträge, Regeln und Organisationen von den Sitten, Normen und Gerechtigkeitsethiken der Bürger findet sich in beiden hier besprochenen neueren Institutionentheorien wieder. Insbesondere für den ökonomischen Ansatz ist die Aufwertung von Ideen bemerkenswert. Zugleich muss man die Grenzen dieser Parallele sehen. Durkheim hatte mit ‚Einbettung‘ noch eine in kollektiv gültige soziale Regeln verbunden. Aber die Vorstellung kollektiver Bewusstseinsgehalte ist für moderne Gesellschaften problematisch, obwohl ein Wertekonsens in modernen westlichen Gesellschaften durchaus vorhanden ist (etwa zu demokratischen Grundwerten; siehe Nunner-Winkler 1999; Gerhards 2005). Die Aufgabe einer neuen Institutionentheorie wäre, auch mit der Pluralität der Ideen und Angemessenheitsvorstellungen, mit Dissens und Konflikt umgehen zu können. Die neuerliche These der *Einbettung* von formellen ‚Verträgen‘ in informelle Werte arbeitet teils ohne Rückgriff auf kollektive Wissensbestände und lässt deren Pluralität zu, entspricht also solch einer Forderung.

North gehörte anfangs zu jenen, die soziale Gruppen als Träger von Ideen, Ideologien und mental maps ausmachen, die um die Definitionsmacht konkurrieren; formelle und informelle Institutionen stehen nebeneinander. Beim späten North bekommen jedoch Ideen eine vorgeordnete Stellung. Die dann beschriebene Prägung durch informelle Institutionen wie Sitten, Gebräuche, Ideen oder kulturelles Erbe schränkt die Chancen von Akteuren, Probleme halbwegs adäquat wahrzunehmen und entsprechend zu handeln, weit rei-

chend ein. Zwar nähert er sich soziologischen Denkgepflogenheiten an, hat aber auch deren Probleme zu tragen. Kulturelle Muster werden zu Wahrnehmungsrastern und Filtern, angesichts der kaum noch denkbar ist, wie problemlösendes Handeln und die Veränderung kultureller Muster möglich ist.

c) Die These von der Zuspitzung von Institutionen beim späten North auf deren *kognitive* Orientierungsleistung hat sich bestätigt. Die Rolle von Institutionen als sozialen Regeln (ob politisch ‚gemacht‘ oder evolutionär-informell entstanden ist hier gleichgültig) in Kooperationsproblemen gerät in den Hintergrund, während deren Rolle bei der Strukturierung der Wahrnehmung zunehmend wichtig wird. Der kognitive Ausrichtung von Norths Institutionenökonomie lässt aber das Problem unbearbeitet, wie institutionelle Regeln Zwang ausüben und verpflichten dürfen, wenn kultureller Dissens herrscht. Was für das ‚feasible set‘, d. h. die angemessene Handlungsoption gehalten wird, bestimmen eben nicht nur kulturelle Muster, sondern genauso Kompromisse und politische Verfahren.

Der breite, formelle und informelle umfassende Institutionenbegriff von North macht seinen Ansatz für die Soziologie, in der ebenfalls ein breiter Institutionenbegriff vertreten wird, anschlussfähig. Aber ein breiter Institutionenbegriff überspannt m. E. zu viel und Unterschiede werden aufgeweicht. Organisations-, Ideologie- und Kulturbegriff schieben sich ineinander; verschärft geschieht das im Neo-Institutionalismus, bei dem noch selbstverständliches Wissen („knowledge taken for granted“) zu den Institutionen dazu kommt. Formelle Regeln in Organisationen oder Recht sind aber bewusster und gestaltbarer als Religion und Sitten. Die Breite des Institutionenbegriffs, die Norths Ansatz noch fördert, führt nicht zu einer Klärung, ob man von beeinflussbaren Regeln spricht oder aber von Ideen und Deutungsmustern. So spannend der Zusammenhang zwischen den informellen und formellen Institutionen ist, so wichtig ist es, beide bewusst auch in ihren Eigenheiten jenseits ihrer allgemeinen Funktion als soziale Regeln zu trennen. Regeln des politischen Lebens sind dem Diskurs zugänglich und zählen weder zu den selbstverständlichen Wertvorstellungen eines kollektiven Bewusstseins noch zu Wissensbeständen, die als taken for granted gelten.

Anmerkungen

- 1 Ich danke den Gutachtern für Anregungen und Hinweise. Für verbleibende Mängel ist die Autorin selbst verantwortlich.
- 2 Genauer zur Rolle von Durkheims anti-ökonomischer Kritik für das Selbstverständnis der frühen Soziologie vgl. Rüschemeyer (1981).
- 3 Vgl. Ostrom 1990; Esser 2000: 303–336; Scharpf 2000; Lange/Schimank 2005; Priddat 2005.
- 4 Das ist beim organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus kaum der Fall. Dieser behandelt die Prägung von Organisationen durch Institutionen und will

Handeln von Organisationen oder Personen in Organisationen erklären als Ergebnis habitualisierter, institutionalisierter Wissensmuster, nicht als Ergebnis des rationalen Handelns. Weder diese Organisationen noch die sie einbettenden Institutionen stehen wie bei Durkheim im Kontext der Schaffung von gesellschaftlicher Ordnung, sondern es handelt sich um politische und wirtschaftliche Organisationen.

- 5 Das Wort klassisch heißt nicht, dass die aus der Ablehnung des Utilitarismus entwickelte soziologische Tradition heute immer noch *die* spezifisch soziologische Sicht markiert. Die Soziologie ist multiparadigmatisch und in ihren Rahmen gehört auch die ökonomische Sozialtheorie.
- 6 Auch Normen oder Recht werden ähnlich als Regeln bei Problemen der Abstimmung unter den vielfältigen Akteuren in der Debatte um soziale Ordnung behandelt. Für Normen siehe Ullmann-Margalit 1977, Opp 1983; Axelrod 1986; für Recht siehe Baumann 2000.
- 7 Organisationen sollen bestimmte Zwecke bzw. Ziele erreichen und sind in ihrem Ablauf und Strukturen bewusst und geplant daraufhin ausgerichtet. Organisationen sind dauerhafte Strukturen, die einzelnen Teile der Organisation auf das Ziel hin orientieren (Büschges 2002).
- 8 Allerdings ist auch Moral eine brüchige Stabilisierung von Verhaltenserwartungen (Kliemt 1986).
- 9 Genau das wird von utilitaristischen Konzepten anders gesehen. Auch die Maximierung des Eigennutzens anstrebende Akteure entwickelten ein Interesse an Verträgen, Organisation, Recht oder Normen etc. (z. B. Ullmann-Margalit 1977; Hechter 1987; Ostrom 1990; Baumann 2000).
- 10 Die gleiche Dualität spiegelt sich in einer allgemeinen ‚Staatsbürgermoral‘ und pluraler Berufsmoralen. Siehe Müller (1991; 1992).
- 11 Auch für Durkheim waren Institutionen ursprünglich von Menschen erzeugte Zwänge. Er betont aber noch stärker als North, dass sie sich von ihren Urhebern ablösen und verselbständigen. Durkheim bereitet damit das soziologische Wissen um emergente Phänomene vor, während North die Persistenz von Institutionen im Sinn pfadabhängiger Institutionenentwicklung betont.
- 12 Ähnlich begründet Offe die Entstehung von Vertrauen in anonyme andere mit der Funktion von Institutionen, Verhalten festlegen zu können und so Erwartungen abzusichern (1999).
- 13 Eine Schwäche von Norths breitem Institutionenbegriff ist, dass er kaum zwischen Konventionen, die allen nutzen und zwanglos kollektiv geschaffen werden, weil lediglich ein *Koordinationsproblem* zu lösen ist, und sozialen Regeln, die Normbindungen Einzelner und das Zurückstellen ihrer Eigeninteressen fordern, unterscheidet. *Konventionen* wie das Rechts-(Links-)Fahren auf Straßen dürften zwanglos zustimmungsfähig sein. Davon zu unterscheiden sind *Regeln*, die den Verzicht auf Vorteile fordern („biete Älteren Deinen Platz im Bus an“). Zur Unterscheidung verschiedener Regelarten siehe Ullmann-Margalit (1979), Vanberg (1983); Schmid (1995).
- 14 Die Annahme, dass formelle Beschränkungen wie Verträge, Organisation oder Recht vorvertragliche, gesellschaftliche Voraussetzungen hätten, liegt auch aktuellen Arbeiten über die kulturellen Voraussetzungen von Märkten oder politi-

- schen Organisationen aus dem organisationssoziologischen Neo-Institutionalismus zugrunde. Z. B. Fligstein 1996: 658 und 2001. Es ist erstaunlich, dass sich beide Richtungen kaum wahrnehmen.
- 15 Auch Ideologie hat eine moralische Komponente: „Was aber das wichtigste ist: jede erfolgreiche Ideologie muß das Schwarzfahrerproblem bewältigen. Ihr oberstes Ziel muß es sein, Gruppen dazu anzuspornen, sich entgegen einem einfachen, hedonistischen, individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül zu verhalten.“ (North 1988: 54).
 - 16 Lernen bedeute die Adaption an eine noch komplexe, undurchschaubare Umwelt mit Hilfe von Konstrukten, die durch Lernen allmählich verbessert, d. h. realitätshaltiger, werden (vgl. Vanberg 1998).
 - 17 Es bedeutet auch das Erkennen von Emergenz, also die nicht intendierte Entstehung von Strukturen, die nicht individuell beeinflussbar sind.
 - 18 Z. B. die jahrelange Debatte um die Reform des Abtreibungsrechts in Deutschland, in der verschiedene Frames kämpften.
 - 19 Siehe obige Hinweise zur Erzeugung von Regeln durch legitime politische Verfahren und Vergabe von Vorteilen an die differenten Gruppen.
 - 20 Siehe Rawls, „A Theory of Justice“.
 - 21 Dies war übrigens genau Parsons' Kritik am Rational-Choice-Modell des Akteurs (1937).
 - 22 Auch der Neo-Institutionalismus vertritt, dass formelle Organisationen keineswegs rational geplante Problemlösungen sind, die bestimmte outputs erzielen (March/Olson 1989; DiMaggio/Powell 1991; Meyer 2005b). Dies lässt sich aber schwerlich als Erkenntnis der Soziologie reservieren. Auch die Ökonomie kennt v. a. durch evolutionstheoretische Ansätze wie dem von F. A. Hayek ein anderes als das instrumentelle Institutionenverständnis.
 - 23 Auch Beckert kritisiert, dass North das Modell rationalen individuellen Handelns durch die Koppelung von Handeln an Ideen aufweicht und zum ‚homo sociologicus‘ zurückkehrt (2002).

Literatur

- Aretz, Hans-Jürgen, 2005: Die Relevanz von Wertverpflichtungen bei der Bereitstellung öffentlicher Güter. *Zeitschrift für Soziologie* 34: 326–343.
- Axelrod, Robert, 1991: *Die Evolution der Kooperation*. München.
- Axelrod, Robert, 1986: An Evolutionary Approach to Social Norms. *American Political Science Review*, 80.
- Baumann, Michael, 1999: Durkheims individualistische Theorie der sozialen Arbeitsteilung. S. 85–114. In: Friedrichs, Jürgen/Jagodzinski, W. (Hg.), *Soziale Integration*. Sonderheft 39 der KZfSS.
- Baumann, Michael, 2000: *Der Markt der Tugend. Recht und Moral in der liberalen Gesellschaft*. 2. Aufl., Tübingen.
- Beckert, Jens, 2002: Von Fröschen, Unternehmensstrategien und andere Totems. S. 133–147. In: Maurer/Schmid (Hg.).
- Beckert, Jens, 1997: Vertrag und soziale Gerechtigkeit. Emile Durkheims Theorie der Integration moderner Gesellschaften. *KZfSS* 49: 629–649.

- Buchanan, James, 1984: Die Grenzen der Freiheit. Tübingen.
- Büschges, Günter, 2002: Organisation. In: Endruweit, Günter/Trommsdorf, Gisela (Hg.), Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart.
- Denzau, Arthur/North, Douglass, 1994: Shared Mental Models: Ideologies and Institutions. *Kyklos* 47: 3–31.
- DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (1991): Introduction. S. 1–38. In: Powell/DiMaggio (Hg.), *The New Institutionalism in Organisational Analysis*. Chicago/London.
- Durkheim, Emile, 1977 [1893]: Über die Teilung der sozialen Arbeit. 1. Aufl. Frankfurt.
- Durkheim, Emile, 1970 [1895]: Regeln der soziologischen Methode. 3. Aufl. Neuwied/Berlin.
- Durkheim, Emile, 1973 [1897]: Der Selbstmord. Neuwied/Berlin.
- Durkheim, Emile, 1994 [1912]: Die elementaren Formen des religiösen Lebens. Frankfurt/M.
- Durkheim, Emile, 1973 [1922]: Erziehung, Moral und Gesellschaft. Vorlesungen an der Sorbonne 1902/1903. Neuwied/Darmstadt.
- Durkheim, Emile, 1986 [1889]: Der Individualismus und die Intellektuellen. S. 54–70. In: Bertram, Hans (Hg.), *Gesellschaftlicher Zwang und moralische Autonomie*. Frankfurt/M.
- Durkheim, Emile, 1991 [1950]: Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral. Frankfurt/M.
- Durkheim, Emile 1976, [1924]: Soziologie und Philosophie. Frankfurt/M.
- Esser, Hartmut, 2000: Soziologie. Spezielle Grundlagen Bd. 5: Institutionen. Frankfurt/M.
- Fligstein, Neil, 1996: Markets as Politics. A political and cultural approach to market institutions. *American Sociological Review* 61: 656–673.
- Fligstein, Neil, 2001: Institutional entrepreneurs and cultural frames. *European Societies*. 3: 261–287.
- Gerhards, Jürgen, 2005: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Wiesbaden.
- Hasse, Raimund/Krücken, Georg (2005): Neo-Institutionalismus. 2. Aufl. Bielefeld.
- Hechter, Michael, 1987: Principles of Group Solidarity. Berkeley.
- Hobbes, Thomas, 1651: Leviathan. Einbeck.
- Kliemt, Hartmut, 1986: Antagonistische Kooperation. Freiburg/München.
- Lange, Stefan/Schimank, Uwe, 2004: Governance und gesellschaftliche Integration. S. 9–35. In: dies. (Hg.), *Governance und gesellschaftliche Integration*. Wiesbaden.
- Luhmann, Niklas, 1969: Legitimation durch Verfahren. Neuwied.
- Luhmann, Niklas, 1998: Die Gesellschaft der Gesellschaft. Frankfurt.
- Mackert, Jürgen, 2004: Die Steuerung staatlicher Inklusion: Staatsbürgerschaftsregime im Vergleich. S. 111–127. In: Lange, Stefan/Schimank, Uwe (Hg.), *Governance und gesellschaftliche Integration*. Wiesbaden.
- March, James G./Olsen, Johan P., 1989: Rediscovering Institutions. New York et. al.
- Marshall, Thomas H., 1964: Class, Citizenship and Social Development.
- Maurer, Andrea/Schmid, Michael (Hg.), 2002: Neuer Institutionalismus. Zur soziologischen Erklärung von Organisation, Moral und Vertrauen. Frankfurt/M.

- Meyer, John, 2005a: Weltkultur. Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen. Frankfurt/M.
- Meyer, John, 2005b: Vorwort. S. 5–12. In: Hasse/Krücken.
- Müller, Hans-Peter, 1986: Markt, Staat und individuelle Freiheit. Zur soziologischen Kritik individualistischer Vertragstheorien. S. 127–148. In: Kern, Lucian/Müller, Hans-Peter (Hg.), Gerechtigkeit, Diskurs oder Markt? Die neuen Ansätze in der Vertragstheorie. Opladen.
- Müller, Hans-Peter, 1991: Die Moralökologie moderner Gesellschaften. Durkheims ‚Physik der Sitten und des Rechts‘. S. 307–341. In: Durkheim, Emile: Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral. Hans Peter Müller (Hg.). Frankfurt/M.
- Müller, Hans-Peter, 1992: Durkheims Vision einer gerechten Gesellschaft. Zeitschrift für Rechtssoziologie: 16–43.
- North, Douglass C., 1988 [1981]: Theorie des institutionellen Wandels. Eine neue Sicht der Wirtschaftsgeschichte. Tübingen.
- North, Douglass C., 1992 [1990]: Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung. Tübingen.
- North, Douglass C., 1990: A Transaction cost theory of Politics. *Journal of Theoretical Politics* 2(4): 355–367.
- North, Douglass C., 2005: Understanding the process of economic change. Princeton.
- North, Douglass C./Thomas, Robert P., 1971: The Rise and Fall of the Manorial System: A Theoretical Model. *The Journal of Economic History*. 31: 777–803.
- North, Douglass C./Weingast, Barry R., 1989: Constitutions and Commitment: The Evolution of Institutions Governing Public Choice in Seventeenth-Century England. *The Journal of Economic History*. 49: 803–832.
- Nunner-Winkler, Gertrud (1999): Moralische Integration. S. 293–319. In: Friedrichs, Jürgen/Jagodzynski, Wolfgang (Hg.), Soziale Integration. Sonderheft 39 der KZfSS. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Offe, Claus, 1999: How can we trust our fellow citizens? S. 42–87. In: Warren, Mark E. (ed.), *Democracy and Trust*. Cambridge.
- Olson, Mancur, 1968: Die Logik kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen.
- Opp, Karl-Dieter, 1983: Die Entstehung sozialer Normen. Tübingen.
- Ostrom, Elinor, 1990: *Governing the Commons*. Cambridge. (deutsch 1999: *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Markt und Staat*. Tübingen).
- Parsons, Talcott; 1937: *The Structure of Social Action*. New York.
- Priddat, Birger P., 2005: Strukturierter Individualismus. Institutionen als ökonomische Theorie. Marburg.
- Richter, Rudolf/Furubotn, Eirik, 1999: Neue Institutionenökonomik. Eine Einführung und kritische Würdigung. Tübingen.
- Rüchemeyer, Dietrich, 1981: Sollen wir heute noch Durkheim lesen? *Soziologische Revue* 4: 237–242.
- Scharpf, Fritz, 2000: Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Opladen.
- Schmid, Michael, 1995: Soziale Normen und soziale Ordnung II. Grundriß einer Theorie der Evolution sozialer Normen. *Berliner Journal* Heft 1: 41–65.

- Schmid, Michael, 1989: Arbeitsteilung und Solidarität. *KZfSS* 41: 619–642.
- Schwinn, Thomas, 2001: Staatliche Ordnung und moderne Sozialintegration. *KZfSS*, 53: 211–232.
- Tyrell, Hartmann, 1985: Emile Durkheim – Das Dilemma der organischen Solidarität. S. 181–250. In: Luhmann, Niklas (Hg.), *Soziale Differenzierung. Zur Geschichte einer Idee*. Opladen.
- Ullmann-Margalit, Edna, 1977: *The Emergence of Norms*. Oxford.
- Vanberg, Victor, 1983: Der individualistische Ansatz zu einer Theorie der Entstehung und Entwicklung von Institutionen. S. 50–69. In: Boettcher, E. (Hg.), *Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie*. Bd. 2, Tübingen.
- Vanberg, Victor, 1998: Rationale Wahlhandlung, Regelorientierung und Institutionen: eine evolutorische Perspektive. S. 379–422. In: Wegner/Gerhard/Wieland, Josef (Hg.), *Formelle und informelle Institutionen. Genese, Interaktion und Wandel*. Marburg.
- Voss, Thomas, 1985: Rationale Akteure und soziale Institutionen. Beiträge zu einer endogenen Theorie des sozialen Tausches. München.
- Zucker, 1977: The Role of Institutionalization in Cultural Persistence. *American Sociological Review* 42: 726–743.